

1. Niederschrift vom 16.2.09	4
2. Mitteilung über eingegangene Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NW	4
2.1 Erstellung eines Armutsberichts für die Stadt Brühl	4
hier: Antrag „Die Linke. – Stadtverband Brühl“, Herr Eckard Riedel, Daberger Weg 36, Brühl	4
Vorlage-Nr. 8/09	4
3. Wahltermin und Wahlordnung zur Wahl des Ausländerbeirates 2009	5
Bezug: Ausländerbeirat 17.3.09	5
Vorlage-Nr. 38/03 q	5
4. Antrag der FDP-Fraktion vom 4.3.09	5
4.1 Änderung Straßenreinigungssatzung	5
hier: Franziskanerhof	5
Vorlage-Nr. 218/85 ag und ah	5
5. Anträge der CDU-Fraktion	6
5.1 Konzept für die Umfeldverbesserung bzw. Umfeldaufwertung im Bereich des Brühler Bahnhofes	6
Vorlage-Nr. 11/09 a	6
5.2 Konzept für die Feierlichkeiten/Veranstaltungen anlässlich der 725 Jahresfeier der Stadt Brühl im Jahr 2010	7
Vorlage-Nr. 12/09	7
6. Mitteilungen	8
6.1 Lenkungsgruppe Integration	8
6.2 Fachbeirat Lokales Bündnis für Familien	8
6.3 Aktionstag 2009 „Zeit für Familien“	8
6.4 Vereinfachung Vergaberecht	8
7. Anfragen	8
7.1 Stelen Max Ernst Museum	8
7.2 Verkehrssituation Kölnstraße	8
7.3 Bushaltestelle Giesler Galerie	9
7.4 Regionale 2010	9
7.5 Wärmegesetz	9
7.6 900-Jahr-Feier Schwadorf	9
7.7 Fußweg Kaiserstraße/Stettiner Straße	9
B) Nichtöffentlicher Teil	10
8. Einstellungen, Beförderungen, Höhergruppierungen	10
Vorlage-Nr. 62/95 cc	10

9. Befristete Niederschlagung Benutzungsgebühren für Übergangsheime	10
Vorlage-Nr. 9/09	10
10. Befristete Niederschlagung Benutzungsgebühren für Übergangsheime	10
Vorlage-Nr. 10/09	10
11. Stundung eines Kaufpreises	10
Bezug: VgLA 30.3.09	10
Vorlage-Nr. 55/07 a	10
12. Anfragen	10
12.1 Telefonische Erreichbarkeit Bauordnungsamt	10
12.2 Auftragsvergaben	11
12.3 Niederschrift Ausschuss für Kultur, Partnerschaften und Tourismus	11
12.4 Wepag Fahnen	12

Bürgermeister Kreuzberg eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

A) Öffentlicher Teil

Zur Tagesordnung:

Bürgermeister Kreuzberg bittet, unter TO-Pkt. 4.1 die Tischvorlage 218/85 ah zu ergänzen.

1. Niederschrift vom 16.2.09

Bürgermeister Kreuzberg weist darauf hin, dass unter TO-Pkt. 9, S. 11 der Niederschrift „Unbefristete Niederschlagung einer Forderung auf Ausgleichsabgabe, Vorlage-Nr. 4/09, fälschlicher Weise das Datum 31.12.2001 angegeben sei. Hier müsste es wie folgt richtig lauten: Der Hauptausschuss schlägt den Betrag von 6.393,19 € bis zum 31.12.2011 befristet nieder.

Bürgermeister Kreuzberg bittet die Schriftführerin aus aktuellem Anlass zur Verwendung des Tonbandgerätes Auskunft zu geben.

Schriftführerin Maria Müller teilt mit, dass das Tonbandgerät ausschließlich dazu diene, die Arbeit der Schriftführerin zu erleichtern. Das Band werde nach „Genehmigung“ der Niederschrift gelöscht. Im Übrigen sei die Verwendung eines Tonbandgerätes zur Erstellung der Niederschrift in § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung ausdrücklich vorgesehen.

Gegen die Fassung der Niederschrift vom 16.2.09 werden keine Einwände erhoben.

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass die unter TO-Pkt. 8 im nichtöffentlichen Teil vorgesehene Vorstellung der neuen Mitarbeiterin im Bereich Tourismus, Frau Ellen Demuth, mit deren Einverständnis in den öffentlichen Teil vorgezogen werde.

Frau Ellen Demuth, Bürgermeisterbüro 01, stellt sich den Mitgliedern des Hauptausschusses vor und beantwortet im Folgenden die Anfragen der Ausschussmitglieder.

Bürgermeister Kreuzberg bedankt sich für die Vorstellung und wünscht Frau Demuth alles Gute.

2. Mitteilung über eingegangene Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NW

2.1 Erstellung eines Armutsberichts für die Stadt Brühl

hier: Antrag „Die Linke. – Stadtverband Brühl“, Herr Eckard Riedel, Daberger Weg 36,

Brühl

Vorlage-Nr. 8/09

Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der Antrag an den Ausschuss für Soziales und Migration weitergeleitet wurde.

3. Wahltermin und Wahlordnung zur Wahl des Ausländerbeirates 2009

Bezug: Ausländerbeirat 17.3.09

Vorlage-Nr. 38/03 q

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) verweist auf die Schwierigkeiten im Ausländerbeirat, der wegen mangelnder Teilnahme sehr oft beschlussunfähig sei.

Er fragt, ob durch den heutigen Beschluss die Bildung eines Integrationsausschusses ausgeschlossen werde.

Bürgermeister Kreuzberg verneint dies. Unabhängig von der heutigen Entscheidung könne statt des Ausländerbeirates auch ein Integrationsausschuss eingerichtet werden.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) weist darauf hin, dass nach seinen Informationen wohl daran gedacht sei, die Bildung eines Integrationsausschusses gesetzlich vorzuschreiben.

Er schlägt vor, sich mit der Thematik einmal im Ältestenrat zu befassen.

Bürgermeister Kreuzberg sagt weiter Veranlassung zu.

Der HA empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat setzt den Wahltermin für die Ausländerbeiratswahl auf den 08.11.2009 fest und beschließt die als Anlage beigefügte Wahlordnung zur Wahl des Ausländerbeirates.

- einstimmig -

4. Antrag der FDP-Fraktion vom 4.3.09

4.1 Änderung Straßenreinigungssatzung

hier: Franziskanerhof

Vorlage-Nr. 218/85 ag und ah

Bürgermeister Kreuzberg verweist auf die Tischvorlage, mit der eine entsprechende Änderung der Straßenreinigungssatzung bereits vorgenommen worden sei. Er weist allerdings darauf hin, dass man die Änderung in der Reinigung nur als Versuch starten wolle. Da die Nutzung auf dem Franziskanerhof ansteigend sei, müsse man den Reinigungsrhythmus ggf. wieder ändern.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) kann dem Antrag nicht zustimmen und hält die Änderung der Satzung für unglücklich. Die neue Regelung passe nicht zum Konzept „Achtet auf Brühl“ und zu dem Ziel, den Franziskanerhof zum Vorzeigepplatz zu machen.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) begründet nochmals den Antrag seiner Fraktion und gibt zu bedenken, dass die Anwohnerinnen und Anwohner am Franziskanerhof bereits erheblich belastet seien. Die Aktion „Achtet auf Brühl“ bedeute im Übrigen, dass die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen seien, auf die Sauberkeit Brühl's zu achten.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat gibt dem Antrag statt und beauftragt den Bürgermeister, die Straßenreinigungssatzung entsprechend zu ändern.

Abstimmungsergebnis: 12 : 1

5. Anträge der CDU-Fraktion

5.1 Konzept für die Umfeldverbesserung bzw. Umfeldaufwertung im Bereich des Brühler Bahnhofes Vorlage-Nr. 11/09 a

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) erläutert den Antrag und macht nochmals deutlich, dass im Rahmen der notwendigen Verbesserungsmaßnahmen am Bahnhof der dringend erforderliche barrierefreie Zugang oberste Priorität habe. Die Bahn sei wohl nicht in der Lage, dieses Problem zu lösen.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dahmen (CDU) erläutert, dass der Antrag einen Baustein des Konzeptes darstelle, das in der morgigen PStA-Sitzung vorgestellt werde. Darüber hinaus gebe es auch einen Bürgerantrag in dieser Angelegenheit. Er bitte allerdings, die Realisierung nicht nur vor dem Hintergrund des Konjunkturpaketes I – Investitionsprogramm nationale UNESCO-Welterbestätten - zu versuchen, sondern zu prüfen, ob die Maßnahme nicht über das Konjunkturpaket II oder auch über die von der Bahn angekündigten Sanierungsmittel verwirklicht werden kann.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (GRÜNE) zeigt sich in Anbetracht der bereits angekündigten Konzeptvorstellung im PStA in dieser Angelegenheit verwundert über den gleich lautenden CDU-Antrag.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dahmen (CDU) erwidert, dass er die Begründung gerade gegeben habe. Man solle den Antrag in das „Gesamtpaket“ aufnehmen und alle drei genannten Möglichkeiten zwecks einer baldigen Realisierung prüfen.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) warnt davor, den Antrag so zu verstehen, dass der barrierefreie Zugang auch ohne eine Kostenübernahme durch die Bahn vorgenommen würde; dies sei ein falsches Signal. Man solle vielmehr versuchen, die Verbesserungen gemeinsam anzugehen, allerdings ohne Übernahme der Folgekosten für die Aufzugsanlage durch die Stadt. Diese Gefahr bestehe, je nach dem welcher Finanzierungstopf hier in Anspruch genommen werde.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) bestätigt, dass man klar zum Ausdruck bringen müsse, dass die grundsätzliche Zuständigkeit und Verantwortung für die Gewährleistung eines barrierefreien Zugangs bei der Bahn liege. Um die Sache allerdings endlich durchzusetzen, müsse man sich darüber im Klaren sein, dass auf die Stadt ggf. eine Kostenbeteiligung zukomme.

Bürgermeister Kreuzberg äußert die Hoffnung, dass man hier nach langem Hin und Her nun endlich zum Ziel komme.

Stadtkämmerer Freytag erklärt, dass bei einer Finanzierung über das in der morgigen PStA-Sitzung anstehende Konzept eine Co-Finanzierung über das Konjunkturprogramm II wegen des Verbots einer Doppelförderung nicht mehr möglich sei. Allerdings sei hier seines Wissens eine Regeländerung beantragt worden.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dahmen (CDU) versteht, dass es sich hier um separate Töpfe handele und macht nochmals deutlich, dass erste Priorität eine Realisierung mit einer 100%igen Kostenübernahme durch die Bahn habe.

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) warnt ebenfalls vor einer Vermischung der Trägerschaften, da in diesem Falle tatsächlich ganz erhebliche Folgekosten auf die Stadt zukommen könnten.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) fragt, ob die Stadt in haushaltsrechtlicher Hinsicht überhaupt in der Lage sei, die im Raum stehenden Eigenanteile, zum einen im Rahmen des Förderprogramms Weltkulturerbe, zum anderen im Rahmen des Konjunkturpaketes II, zu übernehmen.

Stadtkämmerer Freytag erläutert im Folgenden die finanzielle Abwicklung über das Finanzausgleichsverfahren. Der Eigenanteil werde den Kommunen bereits im Vorfeld von den pauschalen Zuweisungen abgezogen; damit erübrige sich eine Darstellung im Haushaltplan.

Bürgermeister Kreuzberg nimmt nochmals Bezug auf den Antrag, der ihn beauftrage, ein Verbesserungskonzept vorzustellen. Da ein solches Konzept bereits in der PStA-Sitzung vorgestellt werde, erübrige sich im Grunde genommen ein Beschluss über den vorliegenden Antrag. Gerne werde er allerdings dem Wunsch nachkommen, den Antrag in das „Gesamtpaket“ mit aufzunehmen und die Realisierung vor dem Hintergrund der verschiedenen Möglichkeiten zu prüfen.

Der Hauptausschuss erklärt sich mit dieser Handhabung einverstanden.

5.2 Konzept für die Feierlichkeiten/Veranstaltungen anlässlich der 725 Jahresfeier der Stadt Brühl im Jahr 2010 Vorlage-Nr. 12/09

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) erläutert den Antrag seiner Fraktion. Im Sinne der Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt schlage man ein Bürgerfest oder ähnliches vor, welches verbunden werden könnte z.B. mit dem brühlermarkt oder einem anderen Fest.

Fraktionsvorsitzender Schmitz (fw/bVb) spricht sich ebenfalls dafür aus, das Jubiläum zu feiern. Er bittet jedoch, alle und nicht nur die kulturtragenden Vereine in die Vorbereitung und Umsetzung einzubeziehen.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) weist darauf hin, dass Programmpunkte möglichst bald überlegt werden müssten um frühzeitig entsprechende Buchungen vornehmen zu können. Ende des Jahres sei es hierfür auf jeden Fall spät.

Der Hauptausschuss beauftragt den Bürgermeister bis Ende des Jahres ein Konzept für die Feierlichkeiten/Veranstaltungen anlässlich der 725 Jahresfeier der Stadt Brühl im Jahr 2010 vorzustellen.

- einstimmig -

6. Mitteilungen

6.1 Lenkungsgruppe Integration

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass die Lenkungsgruppe am Dienstag, 19. Mai 2009 um 18.00 Uhr tagt. Er bittet die Fraktionen, die Teilnehmer zu benennen. Er befürworte in der Lenkungsgruppe eine Mitarbeit der Fraktionsvorsitzenden, während man in die Unterausschüsse Vertreter entsenden könnte. Ein entsprechender Integrationsatlas sei fertig gestellt und werde in Kürze verteilt.

6.2 Fachbeirat Lokales Bündnis für Familien

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass die Tagung des Fachbeirates am Dienstag, 28. April, 18.00 Uhr, stattfindet.

6.3 Aktionstag 2009 „Zeit für Familien“

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass sich die Stadt Brühl an dem Aktionstag am 15. Mai 2009 beteilige.

6.4 Vereinfachung Vergaberecht

Erster Beigeordneter Brandt nimmt Bezug auf eine Anfrage in der letzten Ratssitzung hinsichtlich einer möglichen Vereinfachung des Vergaberechtes zur Erreichung einer zügigeren Verwirklichung von Aufträgen im Rahmen des Konjunkturpaketes. Man sei zu dem Ergebnis gekommen, den hierzu ergangenen Runderlass vollständig zu übernehmen. Eine entsprechende Anpassung der Dienstanweisung werde derzeit vom Bürgermeister erstellt. Es bleibe allerdings bei den bisherigen Zuständigkeiten; möglicherweise müsse man lediglich die Vergabeausschusssitzungen in kürzerem Abstand terminieren.

7. Anfragen

7.1 Stelen Max Ernst Museum

Ratsfrau Küster (CDU) fragt nach dem Sinn der im Bereich des ehemaligen Reitplatz errichteten Stelen und den Kosten.

Stadtkämmerer Freytag teilt mit, dass es sich bei den Stelen quasi um Platzhalter handle, die das ursprünglich dort angelegte Rondell betonen sollen. Wegen unterirdisch verlaufender Gasleitungen hätten an diesen Stellen keine Bäume gepflanzt werden können.

7.2 Verkehrssituation Kölnstraße

Ratsfrau Küster (CDU) kritisiert, dass die Absperrpfosten der verkehrsberuhigten Zone zwischen dem türkischen Imbiss und dem Schuhgeschäft morgens erst lange nach der Anlieferungszeit aufgestellt würden. Auch werde an dieser Stelle ständig gegen die Einbahnstraßenregelung verstoßen.

Bürgermeister Kreuzberg berichtet, dass die Probleme bekannt seien und aus diesem Grunde dort regelmäßig kontrolliert werde. Allerdings könnten die Kontrollen nicht rund um die Uhr stattfinden.

Erster Beigeordneter Brandt ergänzt, dass zusätzlich zu den eigenen Kontrollen noch gemeinsame Kontrollgänge mit der Polizei stattfänden. Ggf. müsse man die Intensität noch weiter erhöhen.

7.3 Bushaltestelle Giesler Galerie

Fraktionsvorsitzender Schmitz (fw/bVb) weist darauf hin, dass die Fahrbahndecke im Bereich der Bushaltestelle an der Giesler Galerie stark abgesenkt sei. Dies sei besonders dann äußerst unangenehm, wenn sich nach starkem Regenfall dort eine riesige Wasserpfütze bilde. Er bittet, hier Abhilfe zu schaffen.

Bürgermeister Kreuzberg sagt weitere Veranlassung zu.

7.4 Regionale 2010

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dahmen (CDU) bittet, einmal darzustellen, um welche Projekte es sich hier handele, und wo Brühl tangiert sei bzw. sich anschließen könne.

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass es keine reinen Brühler Projekte gebe und die Stadt höchstens in andere Projekte eingeschlossen sei.

7.5 Wärmegesetz

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dahmen (CDU) nimmt Bezug auf das zum 1.1.09 in Kraft getretene Wärmegesetz. Durch dieses Gesetz komme auf den Bauherrn erhebliche Verantwortung zu. Er fragt, ob das städtische Bauordnungsamt entsprechende Informationen auf Einhaltung des Wärmegesetzes an die Bauherren weitergebe.

Bürgermeister Kreuzberg sagt schriftliche Beantwortung zu.

7.6 900-Jahr-Feier Schwadorf

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dahmen (CDU) macht darauf aufmerksam, dass sich das Autohandelsgeschäft an der Bonnstraße (ehemalige Tankstelle) langsam zu einem Schrottplatz entwickle und dies insbesondere im Hinblick auf die anstehende 900-Jahr-Feier kein schöner Anblick sei.

Beantwortung in der Niederschrift:

Der Betrieb ist planungsrechtlich (Dorfgebiet/Mischgebiet) und gewerberechtlich zulässig. Auch besteht für den Betrieb Bestandsschutz. Eine Möglichkeit, unter ästhetischen Gesichtspunkten auf die Außengestaltung bindend Einfluss zu nehmen, besteht seitens der Stadt nicht.

7.7 Fußweg Kaiserstraße/Stettiner Straße

Ratsherr Weesbach (SPD) fragt, wann mit der Fertigstellung des Fußweges entlang der Melanchthonschule gerechnet werden könne.

Erster Beigeordneter Brandt teilt mit, dass sich der Fußweg z.Z. noch im Bau befinde, in der nächsten Woche allerdings mit der Fertigstellung gerechnet werde.